

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. für die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 246.

Dresden, Sonnabend den 23. Oktober 1909.

20. Jahrg.

Das Wahlergebnis.

Pressestimmen über den Ausfall der Landtagswahlen.

Genoßlich ist der Eindruck, den das Ergebnis der sächsischen, auch der badischen Landtagswahlen im ganzen Reiche hervorruft. Überall wird in erster Linie der große Sieg der Sozialdemokratie zugestanden und besprochen. Die sozialistischen Blätter in ihrer Freude über die prachtvollen Erfolge der sächsischen Wahl lebendigen Ausdruck. Bei den herrschenden Parteien aber ist gar laienmännliche Stimmung. Die Hauptleidtragenden sind die Konservativen, die von ihren Zentrumsfreunden mit Unterstützung getrübt werden. Aber auch bei den Nationalliberalen herrscht recht zweifelhafte Stimmung. Den hochgespannten und liberalen Erwartungen entspricht der Ausfall der ersten Wahlprobe unter dem Wahlgesetz, dessen Schuldige sie in erster Linie sind, denn doch entfernt nicht.

Die Kameradschaft aller Parteien konzentriert sich jetzt auf die Stichwahlen. Der sächsische konservative Landesparlamentarier hat, wie selbstverständlich zu erwarten war, für die Stichwahlen die Parole ausgegeben: „Jetzt gilt der Kampf auf allen Fronten und bis zum letzten Ende der Sozialdemokratie“. Von den Nationalliberalen wird ungefähr dieselbe Parole ausgesprochen; diese Partei wird ihren Wählern nun zumuten, konservativen und reaktionären Mittelständler in den Landtag zu bringen, von deren Bekämpfung und Befreiung vor der Wahl die stärksten Redensarten gemacht wurden. Von sozialistischer Seite liegen an Sachsen noch keine charakteristischen Äußerungen vor, die preussischen Zeitungen des Inlandes wie die Frankfurter Zeitung und das Berliner Tageblatt haben dazu auf, daß ihre Anhänger bei den Stichwahlen helfen, die Niederlage der Konservativen zu einer endgültigen zu machen.

Was Wien erhalten war folgendes Telegramm:

In den wichtigsten Wahlkreisen unseren herzlichsten Glückwünsche. Eure Siege sind unsere Siege und eure Freude ist unsere Freude.

Für die Redaktion der Arbeiter-Zeitung.

J. A. Kusterlik.

Dank unseren Wiener Freunden!

Unsere sächsische Parteipresse.

Sächsischer Volksstaat:

„Das die Sozialdemokratie angeht, so sind ihre stärksten Erfolge übertrieben worden. Man hätte in der Partei im ganzen 5 bis 6 Kreise gerechnet. Jetzt sind es ihrer allein im ersten Gange 16. Die Stichwahlen werden ohne Frage noch eine Anzahl Mandate bringen. Das ist mehr, als erwartet werden konnte. Wir sind nicht, und müssen es nicht, und deshalb sprechen wir uns ganz offen aus, das unter den sozialdemokratischen Parteien sehr viele sogenannte Mistläufer heden. . . . Dieser Laubbau aber ergibt sich die erste Mahnung für die Partei, jetzt mit neuen Kräften und neuem Selbstvertrauen in die Arbeit zu gehen und die „Mistläufer“ soweit wie möglich in überaus sozialistischen zu verdrängen. Denn nicht immer liegen die Verhältnisse günstig für uns, nicht immer werden die Streikbewegungen verteuert und die Sozialdemokratie abgeholt. Um es rund heraus zu sagen: durch die für die sozialdemokratische Agitation so außerordentlich günstige Situation wurde der gemeinsame Charakter der sozialdemokratischen Parteien verflüchtigt. Sein Ergebnis war ein viel oppositionelleres Resultat, als man in Zukunft unter gleichen Umständen von diesem Wahlrecht erwarten darf. Hier liegt die Gefahr vor. Einmal wird dadurch die Vereinfachung dieses Wahlrechts in Sachsen sehr erschwert und zweitens keine Einführung in anderen Bundesstaaten, in erster Linie in Preußen, sehr erleichtert. . . . das sind spätere Sorgen. Jetzt brennt uns noch das Feuer der Wahlen an der Nase. Und hier heißt es noch einmal: Alle an Bord!“

Chemnitzer Volksstimme:

„Unser Sieg ist so großartig, so überwältigend, daß daneben die Frage nach der Verschiebung der Machtverhältnisse in den bürgerlichen Parteien ganz verkommt. Aber in ruhigerer Stimmung werden wir mit Freunden konsultieren können, daß unsere Siege nur durch Weg auf Kosten der schlimmsten Reaktionen zu erklären sind. Die Mittelstandsbeziehung, dieses freigelegte agrarische Volkselement, ist einfach abgefallen, es laute und unangenehme Agitation in sich zusammengebrochen. Wenn nicht die Liberalen und Freisinnigen die selbst mörderische Stichwahltaktik befolgen, wenn sie ohne Rücksicht auf die konservativen Herrschaft zunächst ihre eigene Sache können. Freilich dürfen sie dann nicht mehr, wie bisher so oft, gleich dem Manne des Beständigen Rädchens, der die Reaktion an seinem Rücken aufbaute, ihren schlimmsten Feinden, den Nationalliberalen, die Partei verlassen. Die Reaktion selbst ist neuer Kraft verheißt. Gelohnt haben ihnen die Wahlen und die Wahlrechtsfrage, ihren schlimmsten Feinden, den Nationalliberalen, die Partei verlassen. Die Reaktion selbst ist neuer Kraft verheißt. Gelohnt haben ihnen die Wahlen und die Wahlrechtsfrage, ihren schlimmsten Feinden, den Nationalliberalen, die Partei verlassen.“

Sächsisches Volksblatt:

„Zum ersten Male hat das neue Wahlrecht seine Wirkung gezeigt. Es ist so gekommen, wie vorausgesehen war: die Sozialdemokratie hat ein Väterchen — genau 15 Mandate — im ersten Wahlgange erobert und ist im übrigen an einer Reihe von Stichwahlen beteiligt; aber die Hoffnung auf Sieg in denselben ist nur gering. . . . Als die Regierung sich anschickte, das alte Dreiklassenwahlrecht durch ein anderes zu ersetzen, war für sie der Gedanke ausschlaggebend, ein Wahlrecht zu schaffen, das bis zu einem gewissen Grade Ruhe und Frieden im Lande schaffen, das arbeitende Volk „verschonen“ sollte. Nun, daß das Pluralwahlrecht dazu nicht angetan ist, das zeigt der Verlauf der ersten Probe. Ein Wahlrecht, das in so handgreiflicher Weise den Volksmassen ihre Entrechtung vor Augen führt, ein Wahlrecht, das die Seele von Bildung und Welt in solcher Weise bevorrätigt, kann dem Volke nicht genügen, sondern ist eine Quelle, aus der ständig Erbitterung fließt. Jetzt erst recht wird der Kampf durch Sachsen's Güte gelöst: Der mit dem gleichen Wahlrecht! Das wertvollste Volk hat das Dreiklassenwahlrecht, das konservativer Übermut dem Volke einst aufgezogen hatte, zu Falle gebracht, und es wird nicht müde werden, bis auch das Prinzip der Vierklassenwahlrecht gefallen ist. Nieder mit dem Pluralwahlrecht!“

Die sächsische „Ordnungs“-Presse.

Die konservativen Dresdner Nachrichten sagen: „So ernste Gefahren aber auch zurzeit durch das neue Wahlgesetz und die begleitenden Zeitumstände in den Bereich der Möglichkeit gerückt scheinen; eine heilsame Wirkung wird auch diese schwere Prüfung für die große nationale Sache haben: Das Anschwellen der sozialdemokratischen Partei weist beide bürgerliche Hauptparteien auf die alle bedrohende Gefahr nachdrücklich hin und zwingt sie geradezu, wieder näher aneinander zu rücken, das Trennende mehr beiseite zu setzen und dafür das Gemeinsame zu betonen. Hierin liegt ein gewisser Trost und eine Hoffnung für die Zukunft! Das Zusammenstreben der bürgerlichen Parteien wird notwendigerweise schon bei den Stichwahlen einigsetzten haben, um in treuer Gemeinbürgerschaft einem weiteren Vordringen der Sozialdemokratie einen festen Damm entgegenzusetzen.“

Der nationalliberale Dresdner Anzeiger sagt: „Ein flüchtiger Blick zeigt, daß — die 57 unentschiedenen Wahlkreise als Ganzes betrachtet — Konservativen und Nationalliberalen aufeinander angewiesen sind. . . . Diese Lösung (Zusammengehen der „Ordnungsparteien“), die uns von Anfang an nicht nur als die einzig richtige, sondern als die einzig mögliche erschienen ist, wird hoffentlich mehr als alles andere dazu beitragen, die Spannung, die zwischen den einzelnen bürgerlichen Parteien während des Wahlkampfes eingetreten ist, zu mildern und den Boden für ein abermaliges verständnisvolles Zusammenarbeiten in der Landesregierung und was nicht weniger wichtig ist — in der Reichspolitik vorzubereiten. Wie schon bemerkt, kann man noch nicht mit Bestimmtheit voraussagen, welche von den beiden großen bürgerlichen Parteien die härtere Fraktion in der zweiten Kammer stellen wird; welche es aber auch sein möge, sie wird nie dergleichen dürfen, daß in Sachsen selbst in Zukunft — unabhängig von der Reichspolitik — nur die Reichen des Blodes eine gesunde konservierende Politik gewagt werden kann.“

Dresdner Neueste Nachrichten:

„Bei näherer Betrachtung wird der Eindruck einer schweren Niederlage der rechtsstehenden Parteien, der bisher für Sachsen allein maßgebenden agrarkonservativen Richtung wie auch der in ihrem Gefolge dahergelagerten kleinen Interessengruppen, nur noch verstärkt. Wie weit die Stichwahlen diesen „Rud nach links“ noch verstärken werden, bleibt abzuwarten. Das hängt zunächst davon ab, ob die von Herrn Unzicker bereits gestern abend unter dem vernichtendsten Eindruck der Wahlniederlage der Rechten proklamierte Einigung der bürgerlichen Parteien zustande kommt, wie allerdings angenommen werden kann. Aber selbst in diesem Falle scheinen die Aussichten auf eine weitere nicht unerhebliche Verstärkung der Reichen der sozialdemokratischen Vertreter für diese Partei keineswegs unangenehm.“

Leipziger Neueste Nachrichten (nationalliberale Scharfmacherblatt):

„Das Hauptergebnis des 21. Oktober ist die Vernichtung der konservativen Mehrheit, die das Scepter in Händen hatte und alle dem Landtag gestellten Aufgaben unter sich entscheiden konnte. Hier hat schon der Ausfall der Hauptwahl eine neue und der Zusammengehörigkeit unserer Bevölkerung und ihrem industriellen Charakter besser entsprechende Kombination begründet. . . . Unter dieser Voraussetzung, daß das nationale Bürgerturn so seine Selbständigkeit tun wird, wird die nationalliberale Partei vielleicht die härteste Fraktion des neuen Landtages werden, sicherlich aber der ausschlaggebende Faktor in ihm, und es ist hierfür den Konservativen nicht mehr möglich, ihren Willen auf Grund einer Abstimmungsmeinung durchzusetzen. Aber dieser Besitz der Macht läßt der nationalliberalen Partei auch die Verantwortung auf, ihre Versprechungen einzulösen und ihre Forderungen, deren Richtfertigkeit bisher mit dem Vorsehen eben jener konservativen Majorität motiviert werden konnte, allmählich in die Tat umzusetzen.“

Leipziger Tageblatt (nationalliberal):

„Die Konservativen und ihr Anhang (Reformer, Mittelstandsvereinigungen und Bund der Landwirte) können bestenfalls noch 22 Mandate gewinnen, würden es also höchstens auf 38 Mandate bringen. Das bedeutet gegenüber der Mandatstärke der Konservativen im letzten Landtage (46) einen Verlust von 10 Mandaten auf jeden Fall. Die Nationalliberalen werden ihre alte Mandatstärke, 31 Sitze, voraussichtlich wieder erreichen, vielleicht gar um 1 bis 2 Mandate übersteigen, die Freisinnigen gewinnen vermutlich zu ihren 8 Vertretern im alten Landtage, die sämtlich in sicherer Stichwahl stehen, 4 bis 5 neue Abgeordnete und die Sozialdemokratie heimt als Beside den Verlust der Konservativen sowie eine Anzahl der neuen Wahlkreise ein, sie wird von 1 Vertreter auf etwa 17 bis 18 steigen.“

Das bedeutet den endgültigen Bruch der konservativen Vorherrschaft in der zweiten Kammer, eine Kräftigung des Liberalismus, ohne daß diesem jedoch in seiner Gesamtheit die absolute Mehrheit zufällt, und endlich das Erweiterte, auch von der Regierung in ihrem ersten Wahlgesetzentwurf vorgesehene Erstarben der Sozialdemokratie. Im ganzen also ein deutlicher Zug nach links, dessen Entscheidung erst dann richtig abschätzen sein wird, wenn eine Zusammenstellung der in allen Wahlkreisen für die Liberalen abgegebenen Stimmen vorliegt.“

Bittauer Morgenzeitung (freisinnig):

„Die Freisinnigen dürfen mit dem Ausgang der Wahl zufrieden sein. Der Führer der freisinnigen Volkspartei in Sachsen Reichstagsabgeordneter Günther hätte beinahe mit absoluter Mehrheit über alle seine Gegner gestimmt — ein erfreuliches Zeichen für das Verständnis, das in unserem sächsischen Volke für eine entschiedenen liberalen Politik lebt. Das treubeherrschte freisinnige Ackerblatt Günther, War und Koch wird nach den Stichwahlen ohne Zweifel wieder in den Landtag einziehen, hoffentlich verstärkt durch die übrigen fünf freisinnigen Männer, die nach den Stichwahlkampf durchgesehen haben. — Daß es den Sozialdemokraten gelingen würde, unter dem Vierklassen-Pluralwahlrecht 16 Mandate auf den ersten Anlauf zu erobern, darüber dürften die Wähler des neuen Wahlgesetzes selbst am meisten überrascht sein. Selbstverständlich wird jetzt zur Stichwahl von den Reaktionskreisen das „rote Gespenst“ wieder hervorgeholt, und womöglich wird auf die Gefahr einer sozialdemokratischen Kammermehrheit hingewiesen werden. Man lasse sich nicht täuschen. Ein Blick auf die in Frage stehenden Wahlkreise beweist, daß die Sozialdemokratie nur noch aus wenigen Wahlkreisen in der Stichwahl eine Verstärkung zu erwarten hat. Immerhin kann die Fraktion der Sozialdemokratie einige 20 Mann stark werden, ein Erfolg, den sie unseres Erachtens in erster Linie der Enttäuschung zu danken hat, die durch die neuen Reichsteuern und durch das Vierklassen-Pluralwahlrecht in den breiten Schichten des Volkes herrscht.“

So haben der schwarz-blaue Blod im Reichstage und die Wahlrechtskämpfer im sächsischen Landtag wieder einmal für die Sozialdemokratie gearbeitet.“

Preussische Pressestimmen.

Das Berliner Tageblatt führt unter der Überschrift „Ein Rud nach links“ auf:

„Die gestrigen Landtagswahlen bedeuten ein Jenseit für die sächsischen Konservativen. Mit solcher Rücksicht ist kaum je zuvor in deutschen Landen eine Partei von ihrer Höhe heruntergestürzt worden.“

Die Wähler werden hoffentlich aus ihrem politischen Instinkt heraus den Rat Reichsbes besolgen: „Wer fällt, den soll man auch noch stoßen!“ und das Debacle der konservativen Partei in der Stichwahl vervollständigen.“

Der Hauptgewinn hat die Sozialdemokratie zu verzeichnen. Sie hatte es unter dem Dreiklassenlandtage glücklich auf einen Vertreter gebracht, nachdem sie lange Jahre überhaupt ausgeschlossen worden war. Besten hat sie gleich im ersten Anlauf um 16 Mandate erobert. Sie steht aber noch in nicht weniger als 53 Kreisen in Stichwahl. Alle Klassenunterschiede, alle Wahlkreisgeometrie hat nichts genutzt; die radikale Stimmung der Bevölkerung hat sich explosionsartig Luft gemacht. Das sächsische Volk hat zu lange unter dem harten Druck der Bürokratie und der agrarischen Reaktion gestanden, als daß es nicht diesmal den denkbar schärfsten Ausdruck seines politischen Willens gewähre hätte.“

Die Freisinnigen haben im ersten Wahlgange überhaupt kein Mandat erobern können, während sie im vorigen Landtag drei Sitze inne hatten. Aber sie kommen in neun Kreisen in die Stichwahl und geben in zahlreichen Kreisen den Ausschlag. Sie haben gleichzeitig das stärkste Interesse daran, indem sie sich selbst behaupten, den Rud nach links bei den Stichwahlen so viel als möglich verstärken zu helfen. Daraus ergibt sich ihr Verhalten bei den für den 2. November angesetzten Stichwahlen von selbst. Das oberste Gebot lautet, überall die Konservativen als die eigentlichen Repräsentanten der sächsischen Reaktion zu bekämpfen.“

Die National-Zeitung (nationalliberal) findet den Ausfall der Wahlen in Sachsen für sehr bedenklich, überall sei eine starke Zunahme der sozialdemokratischen Wählerkraft zu verzeichnen; die innerpolitischen Gründe für diesen Rud nach links seien niemand unbekannt. Vorher hat das Blatt bemerkt: In Sachsen wurde die Probe mit dem neugegründeten Mehrstimmwahlrecht gemacht, das aller Wahrscheinlichkeit nach auch als Reformwahlrecht für Preußen in Aussicht genommen ist.“

Von lebhaften Zweifeln darüber, ob das Pluralwahlrecht die gehegten Hoffnungen erfüllt hat, ist die Tägliche Rundschau (natl.) besessen. Der Ausfall der Wahlen werde für manche Freunde des Pluralwahlrechts eine Enttäuschung sein. Trotzdem sei damit gegen das System selbst nichts erwiefen. Habe das Pluralwahlrecht bei seiner ersten Anwendung in Sachsen die Hoffnungen nicht voll erfüllt, die man daran knüpfte, „so werde es in Zukunft eben ergiebiger ausgebaut werden müssen, um eine arbeitsfreie und -fähige, vor allem aber nationale Landesvertretung zu gewährleisten.“

Die Germania (Zentrum) findet, daß die Sozialdemokratie einseitigen Unbefrieden als Siegerin dastünde, und sie könne mit einem gewissen Recht sagen, daß sie die schwere Scharte, die sie 1907 bei den Reichstagswahlen erlitten, glänzend ausgeglichen habe.“

Die scharfmacherischen Berliner Neuesten Nachrichten beschränken sich darauf, zu konstatieren, daß der Ausfall der Wahl einen beispiellosen Erfolg für die Sozialdemokratie bedeutet.“

Die Post träufelt sich damit, daß die bisherigen Wahlergebnisse nach den Angaben der Volksstimme den zu hegenden Erwartungen durchaus entsprechen haben. Das Blatt hofft mit Sicherheit, daß die bürgerlichen Parteien nun allen Panik und Streit begraben und ein festes Bündnis für die Stichwahlen schließen.“

Die postklerikale Stellung nimmt wieder die Deutsche Tageszeitung (agrarisch) ein. Ihr Chefredakteur, Herr Dr. Zorn, hat sich bemüht, selbst einen Artikel zu veröffentlichen, in dem er die Ergebnisse der Wahlen zusammenfaßt. Von dem Erfolg der Sozialdemokratie vermag er natürlich nichts abzustreiten. Dafür zieht er die Schale seines Hornes auf die Reaktion aus, die dieses